

Es gilt das gesprochene Wort!

Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck

**Predigt im Pontifikalamt anlässlich der „Woche der Begegnung“,
Dienstag, 16. September 2014, 17:30 Uhr – Kirche Hl. Kreuz,
Heimvolkshochschule Kardinal-von-Galen, Cloppenburg-Stapelfeld**

Text: 2 Kor 4,7–15;
Joh 17,6a.11d–19.

Liebe Mitbrüder im geistlichen Amt,
liebe Schwestern und Brüder im Glauben,
liebe Soldatinnen und Soldaten,
liebe Gemeinde.

I.

Entscheidungen zu fällen, hat mit Verantwortung zu tun. Gleich, in welchem Lebensbereich wir uns entscheiden, wir müssen die dabei zu übernehmenden Konsequenzen, das Bedachte und nicht Bedachte, das Für und Wider auf unsere Rechnung setzen. Dabei gilt es, sowohl grundsätzlichen ethisch vertretbaren Prinzipien treu zu bleiben, die auf das Gute aus sind, als auch die Konsequenzen zu bedenken und das Ende einer Handlungskette, für die wir im Rahmen unserer Entscheidungen Verantwortung übernehmen, im Blick zu halten. Entscheidungen haben immer Folgen, die gravierend sein können, oftmals lebensbestimmend.

II.

Der Apostel Paulus versteht sich im Zweiten Korintherbrief ganz von Jesus Christus her, dabei beken-
nend, dass dies Stärke und Schwäche zugleich ist, dass dies heißt, den „Schatz der Erkenntnis des
göttlichen Glanzes ... Christi“ errungen zu haben und diesen zugleich „in zerbrechlichen Gefäßen zu
tragen“ (vgl. 2 Kor 4,7). Paulus lebt aus der Erkenntnis, dass die Kraft für das Leben im Glauben von
Gott kommt und dass er zugleich ein einfacher Mensch ist, dessen Entscheidung für Christus und zu
einem ganz auf ihn setzenden Leben in das Paradox führen kann. So ist die heutige Lesung voll von
solchen Paradoxien: in die Enge getrieben zu werden – und doch Raum zu finden; weder ein noch aus
zu wissen – und dennoch nicht zu verzweifeln; gehetzt zu sein – aber doch nicht verlassen; nieder-
gestreckt – und doch nicht vernichtet (vgl. 2 Kor 4,8–9). Daraus folgt eine Nähe von Tod und Leben,
von Gewinn und Verlust, von Ohnmacht und Kraft, die diese Paradoxien noch steigert. In allem, so
Paulus, geht es darum, sich zugleich dem Sterben und Tod Jesu immer mehr anzunähern (vgl. 2 Kor
4,10.11), aber so ein Zeugnis vom Leben zu geben (vgl. 2 Kor 4,11b.12), geht es doch um die Macht
des Lebens angesichts des erlittenen Sterbens und Todes. Paulus benennt auch den inneren Grund

eines solchen Lebens in Paradoxien, nämlich seine unbedingte Entscheidung für Christus. Diese führt ihn dazu, Gott zu danken und ihm die Ehre zu geben, lebt doch der Mensch ganz aus Gottes Kraft, d. h. aus Gottes Gnade (vgl. 2 Kor 4,15). Die Wirkung des Evangeliums, so Paulus, zeigt sich im Gehaltenwerden in aller Not und Ohnmacht von der Kraft Gottes. Wer glaubt, der gehört in die Todsgemeinschaft mit Christus und dient so dem Leben. Wer sich für Christus entscheidet, hält die Folgen dieser Entscheidung nicht nur aus, sondern weist auf die Ewigkeit hin, auf die es in der Nüchternheit des sterblichen Lebens hin geht. Solches führt immer zu Konflikten, letztlich zum Konflikt zwischen Tod und Leben in unserer irdischen Verfasstheit. Eine letzte Klarheit gibt es erst am Ende. Vorher wird der Mensch zerdehnt, ja ausgespannt zwischen den Extremen seiner Existenz, eben zwischen Tod und Leben.

III.

Zerdehnt zu werden zwischen unterschiedlichen ethischen Herausforderungen und Folgewirkungen von Entscheidungen mit Paradoxien zu leben, gehört heute, angesichts der Konflikte auf der Welt, zum dramatisch wie tragisch und unauflösbar zu Bewältigenden der Entscheidungsträger. Welche Positionen sollen wir heute als Christen angesichts der ausufernden Gewalt in der Welt einnehmen? Wir können uns als Christen nicht aus den Konflikten dieser Welt heraushalten, da die meisten dieser Konflikte eine solche Dimension erreichen, dass sie die öffentlichen Medien beherrschen; von der Ost-Ukraine über Afghanistan, Nord-Mali, den Ost-Kongo bis hin zum Irak und nach Syrien reichen diese Konflikte. Erschreckend für uns Christen ist, dass dabei Religion für Gewalt instrumentalisiert wird. Sowohl im Christentum und im Judentum als auch im Islam wissen wir aus der Geschichte, dass es eine Latenz zur Gewalt in allen drei großen Religionen immer wieder gegeben hat und gibt. Diese Neigung zur Gewalt ist aber nicht in der Religion selbst begründet. Denn immer dann, wenn politische und oft auch wirtschaftliche Probleme auftauchen und die Teilhabe an den Gütern der Erde in Frage steht, wenn Fragen von Abgrenzung, Anerkennung und Machtbalancen eine wichtige Rolle spielen, geht es um die Identität von Menschen, Gruppen und Völkern. Da die Religion immer ein Teil dieser Gruppen ist, ist sie für all diese Konflikte benutzbar, denn Religion ist eben ein wesentlicher Identitätsteil der allermeisten Menschen.

War es in Zeiten der Friedensbewegung in Deutschland angesichts der damaligen politischen, militärischen und atomaren Bedrohungen in Europa deren Idee, eine politische Lösung für die Konflikte zu suchen, damit militärische Konflikte nicht eskalieren, stehen wir heute wieder neu vor der Herausforderung, Frieden durch Gerechtigkeit und auf der Basis von Recht zu schaffen. Eine der größten zivilisatorischen Leistungen, weit über den Rahmen unserer eigenen Kultur hinaus, ist die Schaffung von Recht, um Konflikte nach Gerechtigkeitsmaßstäben und fair auszutragen, sowie für Recht zu streiten, ohne dass dieser Streit gewaltsam eskaliert. Diese Einsicht zu einer Grundregel des Einanders von Völkern und Staaten zu machen, hat, gerade nach den Schrecknissen des Ersten und Zweiten

Weltkrieges, das Leben der Politik wesentlich bestimmt. Im 20. Jahrhundert wurde dazu Wichtiges entschieden, im 21. Jahrhundert müssen wir diesen Weg weitergehen, um dieser Einsicht in eine solche Rechtsordnung mehr Raum und Geltung zu verschaffen angesichts der Gefahr, Recht zu brechen und Gewalt – Gott sei es geklagt – nicht selten durch Religion zu begründen oder die Religion dafür zu missbrauchen.

IV.

Die Durchsetzung eines solchen Rechts fordert heraus, gehört doch für uns Christen unbedingt der Schutz der Menschenwürde dazu sowie die Schutzverantwortung für Menschen, die unmittelbarer Todesgefahr ausgesetzt sind. Die humanitären Katastrophen heute brauchen zum einen humanitäre Hilfe in Flüchtlingslagern, hier in Deutschland eine offenere Empfangskultur für Flüchtlinge und zum anderen die Einsicht, dass jeder Mensch ein Recht auf die Verteidigung von Leib und Leben hat. Wo dieses Recht auf Leben genommen wird und der Mensch sich selbst nicht mehr verteidigen kann, muss und soll ein anderer ihm zur Hilfe eilen, im äußersten Fall auch, in der Regel als ein letztes Mittel, mit dem Einsatz von Gewalt.

Die unvorstellbaren Gräueltaten, die sich im Nord-Irak abspielen, und die flüchtenden Menschen vor den ISIS-Terroristen zeigen, dass wir alle vor ein Leid unbeschreiblichen Ausmaßes gestellt sind: Menschen werden massenweise missbraucht, versklavt, umgebracht, enthauptet, gekreuzigt! Weil diese Menschen sich selber nicht helfen können, müssen wir ihnen helfen. Ansonsten würden wir das Leid, das zugefügt wird, einfach nur zulassen und uns damit unterlassener Hilfeleistung schuldig machen. Eine solche Entscheidung zur Hilfeleistung aber bedeutet, gerade bei jedem Einsatz von Gewalt, die Mittel und die Folgen abzuwägen, eben die Folgen einer Entscheidung, die auf das Gute hin aus sein will und wegen möglicher Gewaltmittel das Ende sehr ernsthaft und konsequent zu bedenken hat. Wie wir lernen, kann es Situationen geben, in denen man Terroristen nur mit Gewaltmitteln aufhalten kann. Dabei bleiben wir im Paradoxen stecken, müssen wir im Extremfall das Leid und den Tod von Menschen ertragen, um der möglichen späteren Destabilisierung einer Region vorzubeugen, wissen wir doch, dass es nicht nur darum geht, eine akute Gefahr zu bannen, sondern, wie wir es am Beispiel Afghanistan oder auch in Bosnien sehen, mit dieser einmal getroffenen Entscheidung die Verantwortung dafür zu übernehmen, an einer dauerhaften, stabilen, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ordnung mitzuwirken. Die Schutzverpflichtung den wehrlosen Menschen gegenüber hat z. B. auch im Blick auf die Staatengemeinschaft die Mit-Verantwortung u. a. für den späteren Wiederaufbau zur Folge.

In einer so globalisierten Welt wie der unseren, sehen wir uns in einem solchen dramatischen Fall vor Entscheidungen gestellt, die zu fällen sind und denen wir nicht entkommen können. Zugleich haben wir nicht alle Folgen einer solchen Entscheidung in der Hand. Möglicherweise können die Gewalt-

mittel auch gegen uns und andere selbst wieder eingesetzt werden, wenn sie unter gewissen Bedingungen in falsche Hände fallen. Trotzdem sind und bleiben wir zur Solidarität mit Völkern und Menschen in Not verpflichtet. Staaten tragen hier erst recht Mitverantwortung für eine Ordnung, die dem Frieden um der Gerechtigkeit willen eine Chance gibt. Sonst werden wir von Krise zu Krise und von Krieg zu Krieg hetzen und wahrscheinlich letztlich kaum etwas bewirken¹.

V.

In der diesjährigen „Woche der Begegnung“ geht es inhaltlich um das Proprium des Katholischen im Dienst der Soldaten. Es geht angesichts der realen Situationen, in denen wir leben, nicht zuerst um weiche Themen, sondern um jene harte Materie von Konfliktbewältigungsstrategien, die der Entschiedenheit und der Beantwortung harren. Ein ausgeprägtes Gutmenschentum erweist sich nicht als ernsthafte Alternative, weil es unvernünftig werden kann bzw. ist. Es gibt keine Art „Lifestyle-Pazifismus“ auf Kosten der Menschen in Krisenregionen. Hier zeigt sich, dass es kein verantwortliches Handeln ohne Risiko gibt. Ein Risiko, das sich ethisch dem Recht verpflichtet weiß, aber zugleich auch dem Leben der Einzelnen und ganzer Völkergruppen. In der heutigen Lage stehen wir alle in der Pflicht, uns immer wieder neu, auch angesichts der beschriebenen Dilemmata, für den Schutz des Lebens zu entscheiden, wohl wissend, dass es uns dabei gehen kann, wie Paulus selbst, der wusste, dass jeder Christ das Todesleiden Jesu an seinem Leib trägt, aber sich einsetzt, um dem Leben zu dienen (vgl. 2 Kor 4,10.11).

VI.

Entscheidungen sind zu treffen. Dem Guten ist zu dienen. Auch wer sich nicht entscheidet, hat sich entschieden. Es kann es Situationen geben, in denen aufgrund der Verpflichtung zur Schutzverantwortung für unschuldige und wehrlose Menschen eines klar ist: Nichts zu tun, ist unmöglich! Vielmehr ist alles zu tun, um die Gewalt zu minimieren und möglichst keine Gewaltmittel anzuwenden. Im Ganzen gilt es, dem Frieden durch Stärkung der Gerechtigkeit und die Aufrichtung des Rechts zu dienen. Dabei ist die Bitte des heiligen Franziskus nicht zu vergessen: „Herr, mach mich zu einem Werkzeug Deines Friedens!“ Diese Bitte ist Mahnung wie Bestärkung zugleich. Denn wer immer Entscheidungen zu treffen hat, muss solche treffen, die in aller Konfliktivität des Lebens Werkzeuge zum Frieden sind – nach dem Maß des Möglichen und Zuträglichen. Denn Entscheidung bedeutet Verantwortung – zum Schutz des Lebens. Amen.

¹ Vgl. zum Ganzen: „Neue KirchenZeitung Hamburg“ vom 7. September 2014, Interview mit Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Leiter des *Instituts für Theologie und Frieden* in Hamburg.